



Welt:Bürger gefragt!

Entwicklungspolitischer Dialog der Landesregierung

Bericht von der 5. Entwicklungspolitischen Landeskonferenz am 22.04.2017

auf der Messe FAIR HANDELN in Stuttgart.

Zur 5. Entwicklungspolitische Landeskonferenz begrüßte Moderator Mauricio Salazar die über 230 Gäste aus der Zivilgesellschaft, aus Landes- und Bundespolitik. Der Studienleiter an der Evangelischen Akademie Bad Boll betonte, dass die Stärke der Entwicklungspolitischen Landeskonferenz im Dialog zwischen unterschiedlichen Gruppen liegt und somit eine gute Plattform darstellt, um sich zu vernetzen und auszutauschen. Die 5. Entwicklungspolitische Landeskonferenz fand auch in diesem Jahr in Stuttgart im Rahmen der Messe FAIR HANDELN statt.



©Weltbürger

In seinem Grußwort betonte der Geschäftsführer der Landesmesse Stuttgart GmbH, **Roland Bleinroth**, dass Messen zum Thema Nachhaltigkeit einen immer größeren Zuspruch erfahren. Er begrüßte das Engagement der Landes- und Bundespolitik bei diesem Thema, da es ohne die richtigen Weichenstellungen

aus der Politik nicht möglich sei, Nachhaltigkeitsziele zu erreichen. **Bleinroth** hob hervor, dass soziale Ungleichheit eine der wichtigsten Herausforderungen für die westliche Welt sei, doch dürfe man nicht die Globalisierung dafür verantwortlich machen. Ursache für die wachsende Ungleichheit sei vor allem der technologische Wandel, der gut bezahlte Jobs überflüssig mache: „Die Messe FAIR HANDELN steht für eine andere Form der positiven Globalisierung.“ Schon mit ihrem Namen zielen sie auf ein anderes, bewussteres und nachhaltigeres Handeln in allen Lebensbereichen. Die Messe Stuttgart sei stolz darauf in Kooperation mit der SEZ nun schon zum neunten Mal die Messe ausrichten zu können. Im nächsten Jahr, zum zehnjährigen Bestehen, soll sie dann noch größer, bedeutender und globaler werden. Die Messe Stuttgart habe die Idee auch erfolgreich in die USA exportieren können. Seit drei Jahren gebe es eine vergleichbare Veranstaltungsreihe an fünf unterschiedlichen Standorten, die auch dort einen beachtlichen Zuspruch findet. Gerade vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Entwicklungen sei es wichtig, an dem Thema verstärkt weiterzuarbeiten. **Bleinroth** wünsche den Gästen eine erfolgreiche Veranstaltung.

Hans-Joachim Fuchtel, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, begrüßte die Teilnehmer auch im Namen der Bundesregierung. Er lobte das große Engagement der Zivilbevölkerung in Baden-Württemberg für die Entwicklungszusammenarbeit und bedankte sich, dass er als Teil der Bundesregierung an der Landeskonferenz teilnehmen kann. Er betonte, dass der Bund zwar der größte öffentliche Geldgeber in der Entwicklungszusammenarbeit sei, aber 85 % der Kapitalzuflüsse in die Entwicklungsländer vom Privatsektor getragen werden. Er begrüßte es daher sehr, dass die Landesmesse als Brückenbauer dafür sorgt, dass unterschiedliche Gruppen der Gesellschaft im Rahmen der FAIR HANDELN zusammenkommen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwick-



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische Akademie



Bad Boll



lung (BMZ) engagiere sich nicht nur im Ausland, sondern verstärkt auch im Inland. Man habe eine Außenstelle der Engagement Global in Stuttgart angesiedelt, um Personen, die sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, eine Anlaufstelle zu bieten, die sie in organisatorischer und finanzieller Hinsicht unterstützt. Mit der neuen Akteurslandkarte habe Engagement Global zusammen mit Partnern eine hervorragende Übersicht aller Akteure geschaffen, die sich in Baden-Württemberg in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren. Fuchtel hat die Erfahrung gemacht, dass oft Personen und Initiativen das Gleiche machten ohne voneinander zu wissen. Daher sei es für alle gewinnbringend, sich untereinander zu vernetzen. Im Bereich des Fairen Handels sei in den letzten Jahren viel erreicht worden, erklärte Fuchtel. Der Umsatz von fair gehandelten Produkten habe erstmals die Milliardengrenze überschritten (121 Millionen in 2005). Nun plane das Ministerium eine ähnliche Entwicklung im Textilsektor. Zurzeit seien 50 % des deutschen Textilmarktes im Bündnis für nachhaltige Textilien vertreten. Bedauerlicherweise seien aber auch einige Unternehmen kürzlich wieder ausgetreten, da es jetzt um die konkrete Umsetzung der Ziele gehe: die Abschaffung von Kinderarbeit, die Reduktion von Chemikalien und den Aufbau eines effektiven Arbeitsschutzes. Fuchtel wünschte sich, dass die Menschen durch die APP *Siegelklarheit*, die über die Bedeutung der Siegel aufkläre, sich daran beteiligen. Er rief auch die Evangelische Kirche und die Evangelische Akademie dazu auf, ihre Mitarbeitenden und Gäste zu einem bewussteren Einkaufen aufzurufen. Denn nichts sei mächtiger als der Konsument selbst. Das BMZ strebe für das Jahr 2020 an, dass 50 % der Textilien nach sozialen, ökologischen und ökonomischen Standards produziert werden.



©Weltbürger, parlamentarischer Staatssekretär Hans-Joachim Fuchtel

Ein weiteres wichtiges Thema für das BMZ sei es, die Kommunen in der Entwicklungsarbeit stärker einzubinden. Vor vielen Jahren sei das Thema Umwelt für viele Kommunen eine Herausforderung gewesen, heute beschäftigen sich viele von ihnen mit großer Selbstverständlichkeit damit. Gleiches möchte man auch in der Entwicklungszusammenarbeit erreichen und habe dafür 15 Millionen Euro im Etat bereitgestellt. Städte und Gemeinden können gemeinsam mit der Zivilgesellschaft einen wichtigen Beitrag leisten. Ein Etat von 40.000 Euro in einem Landkreis brächte mit Hilfe der Zivilgesellschaft etwa das Siebenfache. Zurzeit gebe es beispielsweise Geld für die kommunale Zusammenarbeit zwischen deutschen und ukrainischen Kommunen. Gleiches möchte man auch in der Partnerschaftsarbeit mit afrikanischen Städten und Gemeinden etablieren. Derzeit wird das Potenzial ausgelotet, das eine Kooperation zwischen französischen, deutschen und afrikanischen kommunalen Partnerschaften bieten könne. Mit Hilfe europäischen Geldern könne so eine enorme Hebelwirkung erzielt werden.



Baden-Württemberg
STAATSMINISTERIUM





„Für mich ist die erste Entwicklungspolitische Landeskonferenz ein Highlight“, sagte die Staatssekretärin für politische Koordination im Staatsministerium Baden-Württemberg, **Theresa Schopper**. Sie freue sich sehr, so viele engagierte Menschen aus Baden-Württemberg begrüßen zu dürfen. Schopper betonte, dass es immer wieder wichtig sei, sich die Frage zu stellen, warum man sich in der Entwicklungspolitik engagiere. Aufgrund der zahlreichen Menschen, die als Flüchtlinge ihr Leben aufs Spiel setzten, um nach Europa zu kommen und sich hier eine Zukunft aufbauen, habe die Entwicklungspolitik enorm an Bedeutung gewonnen und zusätzliche Mittel erhalten. Die Landesregierung habe diesem Prozess Rechnung getragen, indem sie das Vorhaben, die Bekämpfung der Fluchtursachen stärker in der Entwicklungszusammenarbeit zu berücksichtigen, im Koalitionsvertrag verankert hat. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel habe die Bundesländer aufgefordert, in der Fluchtursachenbekämpfung tätig zu werden. Theresa Schopper betonte, dass man aber nicht den Fehler begehen dürfe, Entwicklungszusammenarbeit mit Fluchtursachenbekämpfung gleichzusetzen. Entwicklungszusammenarbeit umfasse viel mehr als nur die Bekämpfung von Fluchtursachen. „Entwicklungszusammenarbeit ist nicht nur eine humanitäre, sondern auch eine humane Aufgabe“, sagte Schopper. Es gehe nicht ausschließlich darum, Menschen in Not zu helfen. Allen Menschen ein würdiges Leben zu ermöglichen sei ein weiteres wichtiges Anliegen der Entwicklungszusammenarbeit. Schopper wünschte sich, dass das Engagement der Menschen in Baden-Württemberg trotz sinkender Flüchtlingszahlen nicht nachlassen werde.



©Weltbürger, Staatssekretärin Theresa Schopper

Sie bekräftigte, dass es ihr ein großes Anliegen sei, den Blick künftig verstärkt auf den afrikanischen Kontinent zu richten. Zwar sei Afrika nicht mehr der vergessene Kontinent und in den letzten Jahren – speziell auch durch das Engagement des ehemaligen Bundespräsidenten Horst Köhler – wieder stärker ins öffentlichen Bewusstsein gerückt. Doch noch immer noch werde Afrika mit den drei Begriffen Krankheit, Krisen und Kriege gleichgesetzt. Dabei könne man einige positive Entwicklungen in den 54 afrikanischen Ländern beobachten: Ruanda ist das Land mit den meisten weiblichen Parlamentsmitgliedern weltweit, Burkina Faso hat eine friedliche Machtübergabe vollzogen und Uganda stellt jedem Flüchtling einen halben Hektar Land zur Selbstversorgung zu Verfügung. Die Aufgabe für Deutschland und Baden-Württemberg sei es daher, diese positiven Entwicklungen zu unterstützen, indem wir den afrikanischen Kontinent fairer behandeln als bisher und ihm dadurch neue Perspektiven eröffnen.

Zwar fehle es der Landesregierung an außenpolitischer Kompetenz, doch habe die Landesregierung andere Möglichkeiten. Schopper berichtete zum Beispiel von einem Gespräch mit einer





peruanischen Bäuerin, dass sie beispielsweise bei der Eröffnung der Fairen Woche in Stuttgart geführt habe. Die Frau produziert mit ihrer Kooperative Kartoffelchips, die sie nach Deutschland exportiert. Mit dem Kauf solcher fair produzierten Produkte können Verbraucher hier mit geringen finanziellen Mitteln die Perspektiven Vorort verbessern. Schopper berichtete auch davon, dass Baden-Württemberg sich in der Region Dohuk im Nordirak engagiert. Durch die Instandsetzung von Schulen, einer Mülltrennungsanlage und der Ausbildung von Psychotherapeuten zur Behandlung vom Krieg traumatisierter Menschen soll Hilfe zur Selbsthilfe ermöglicht werden. In Burundi, dem baden-württembergischen Partnerland, erschwerten die aktuellen politischen Verhältnisse das Engagement der Landesregierung. Einige Projekte, wie die Zusammenarbeit der Rechnungshöfe und die Ertüchtigung der kommunalen Strukturen, mussten daher auf Eis gelegt werden. Jedoch stelle sich Baden-Württemberg seiner aus der langjährigen Partnerschaft erwachsenen Verantwortung und unterstütze mit Hilfe der Kompetenzförderung der SEZ zum Beispiel Deutschkurse für Studierende und Seminare zur Friedens- und Versöhnungsarbeit vor Ort.

Theresa Schopper bekräftigte, dass die Weltnachhaltigkeitsziele einen weiteren wichtigen Punkt in der Arbeit der Landesregierung darstellen. Auch die Industrieländer müssten sich fragen, wie es beispielsweise hierzulande mit der Armutsbekämpfung und Gleichberechtigung der Frauen aussehe. Das Land habe die SDGs in die Nachhaltigkeitsstrategie integriert und versuche durch die Verankerung des globalen Lernens in den schulischen Bildungsplänen die Ziele mit Leben zu füllen. Daher freue sie sich sehr, dass durch die Veranstaltungsreihe „17 Ziele, 17 Orte“ des DEAB die Nachhaltigkeitsziele einer breiteren Öffentlichkeit nähergebracht werden sollen. Die Entwicklungszusammenarbeit auf Landesebene werde vor allem durch das Engagement der Zivilgesellschaft geprägt, erläuterte Schopper. Daher sei es ihr

wichtig, dass der Dialogprozess „Weltbürger gefragt“ mit allen Akteuren fortgesetzt wird. Zum Abschluss bedankte sich die Staatssekretärin bei allen Anwesenden für ihr Engagement.



©Weltbürger, T. Schopper und H.-J. Fuchtel

Im Anschluss hatten die Zuhörer die Möglichkeit Fragen an Hans-Joachim Fuchtel und Theresa Schopper zu stellen. Eine Fragestellerin appellierte an die Landesregierung, auf die Einführung von *Studiengebühren für Nicht-EU Ausländer* zu verzichten. In ihren Augen konterkariere das Gesetz die Anstrengungen der Landesregierung in der Entwicklungszusammenarbeit. Zwei Drittel der von dem Gesetz betroffenen Studierenden stammten aus Entwicklungsländern. Gerade diese Personen könnten für Veränderungen in ihren Heimatländern sorgen. Theresa Schopper entgegnete, dass das Gesetz vom Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst eingebracht wurde, um einen Beitrag zum schuldenfreien Landeshaushalt zu leisten. Dieser sei wichtig, um künftige Generationen in Ihrem Gestaltungsspielraum nicht einzuschränken. Sie habe sich dafür ein-



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie



Bad Boll



gesetzt, dass Ausnahmen aufgenommen werden und Stipendien der BW Stiftung für die Betroffenen eingeplant werden. Sie möchte, dass zukünftig auch weiterhin Studierende aus Entwicklungsländern in Baden-Württemberg studieren können.

Ein Teilnehmer betonte, dass es wichtig sei, auch die nichtakademische Bildung verstärkt in den Blick zu nehmen. Theresa Schopper verwies auf die Bemühungen im Rahmen der Donaunraumstrategie, die die duale Ausbildung vor Ort stärken sollen. Gleichzeitig müsse man aber dafür sorgen, dass der Braindrain in die europäischen Länder nicht zunehme, sodass die ausgebildeten Menschen ihren Gesellschaften zu Verfügung stünden. Hans-Joachim Fuchtel ergänzte, dass die internationalen und regionalen Entwicklungsbanken in der letzten Zeit damit angefangen hätten, bei großen Investitionsprojekten die Ausbildung der lokalen Bevölkerung zu fordern und zu fördern.

Ein dritter Fragesteller wollte von Hans-Joachim Fuchtel wissen, ob die Bundesregierung sich vorstellen könne, die Initiative eines Studierenden aus dem Irak zu unterstützen, der sich für die Vermeidung von Plastikabfällen in seiner Heimat einsetzt. Herr Fuchtel machte das Angebot, mit dem Studierenden direkt zu sprechen und verwies darauf, dass das BMZ über die GIZ derzeit 60.000 Menschen in den Ländern um Syrien herum in einem „Cash for Work“-Programm für Aufgaben im Wiederaufbau beschäftige. Die Initiative könnte möglicherweise darin integriert werden.

Ein vierter Fragesteller verwies auf den Zusammenhang von Konflikten und Bürgerkriegen mit der Gewinnung von Rohstoffen. Frau Schopper bekräftigte den Zusammenhang und betonte, dass das große Problem in den fehlenden Wertschöpfungsketten liege. Man müsse dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort Arbeitsplätze bekommen, sodass auch der Wunsch nachließe, sich in Europa eine Zukunft aufbauen zu wollen. Wichtig sei es, verlässliche staatliche Strukturen aufzubauen, die den Men-

schen Sicherheit bieten und ihnen ein würdiges Leben ermöglichen.

Workshopphase



©Weltbürger

Präsentation der Workshops

Möglichkeiten zum Austausch mit Staatssekretärin Theresa Schopper

Die Workshops mit Ihren Fragen und erarbeiteten Fakten wurden auf Pinnwänden und Flipcharts präsentiert.



©Weltbürger



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie



Bad Boll



1. Rohstoffe und Menschenrechte

Kohleimporte aus Kolumbien: Sebastian Rötters, urgewald e.V.

Handyaktion fragen, durchblicken, handeln!: Ralf Häußler, ZEB

Moderation: Uwe Kleinert

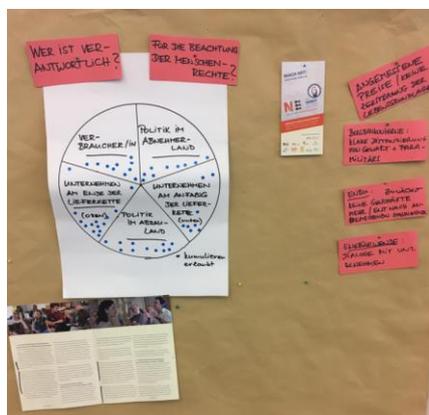
Kernpunkte des Workshops:

- (1) 2 der 3 kolumbianischen Kohlelieferanten der ENBW sind in eine Reihe von dokumentierten Menschenrechtsverletzungen verstrickt. Die ENBW und mittelbar auch das Land Baden-Württemberg als Eigentümer der ENBW müssen sich dieser Verantwortung stellen. Es reiche nicht aus, nur die Lieferanten auf die Einhaltung von Menschenrechten hinzuweisen. Die ENBW müsse Sorge tragen, dass es zu keinen Menschenrechtsverletzungen beim Kohleabbau für ihre Kraftwerke kommt. Ansonsten sollten keine Rohstoffe mehr von den betroffenen Unternehmen bezogen werden.
- (2) Im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie Baden-Württembergs soll ein strukturierter Unternehmensdialog initiiert werden, der unter Beteiligung von Landesregierung, Wirtschaftsunternehmen und Zivilgesellschaft der Frage nachgehen soll, wie die Rohstoffe, die im Bereich IT, Energiewende und Elektromobilität gebraucht werden, unter Wahrung von Umwelt- und Sozialstandards gewonnen werden können.

Kohleimporte aus Kolumbien

Wer ist verantwortlich?

Für die Beachtung der Menschenrechte?



Handy-Aktion

Smartphone & Handy gehören zu unserem Alltag. Doch die Geräte, die für viele mittlerweile unverzichtbar erscheinen, haben eine negative Kehrseite. Um die Rohstoffe, die in ihnen stecken, wird vielerorts erbittert gekämpft. Unter der Gewalt leidet besonders die Zivilgesellschaft. Auch der Abbau der Rohstoffe geht in vielen Ländern auf Kosten von Mensch und Umwelt. Und die schlechten Arbeitsbedingungen bei den Geräteherstellern sorgen immer wieder für Schlagzeilen.

Dazu kommt die kurze Nutzungszeit der Produkte. Im Durchschnitt wird ein Mobiltelefon nur 18 Monate genutzt. Danach landet es meist in der Schublade. Allein in Deutschland liegen über 100 Millionen Mobiltelefone ungenutzt herum und mit ihnen 876 t Kupfer, 382 t Kobalt, 26 t Silber, 2,4 t Gold und 0,8 t Palladium. Wertvolle Rohstoffe also, die durch Recycling zurück in



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische Akademie





den Produktionskreislauf gelangen könnten.

Aber auch bei der Entsorgung ist nicht alles Gold, was glänzt. Trotz Exportverbot gelangen immer noch viele Geräte auf illegalen Wegen nach Afrika oder Asien, wo der Elektroschrott unter fragwürdigen Bedingungen recycelt wird.

2. Herausforderung Frieden / Stoppt Waffenexporte

Friedensbildung und Rüstungskonversion

Jürgen Menzel, Evangelische Landeskirche Baden Arbeitsstelle Frieden

Kiflemariam Gebrewold, Rüstungskonversionsdialog B.-W.

Moderation: Peter Scherhans

Kernpunkte des Workshops:

- (1) Es war wichtig, dass die Servicestelle Friedensbildung, die sich primär in der Lehrerfortbildung engagiert, auch unter der neuen Landesregierung fortbesteht. Ziel sei es auch weiterhin, diese Stelle fest im Etat des Kultusministeriums zu verankern.
- (2) Die vier christlichen Kirchen in Baden-Württemberg haben im letzten Jahr gemeinsam die Initiative ergriffen, das Thema Rüstungsexporte und Rüstungskonversion auf die politische Tagesordnung zu bringen und haben dazu einen Friedensappell veröffentlicht. Auch wenn die Zuständigkeit für die Rüstungsexportpolitik bei der Bundesregierung liegt, hat Baden-Württemberg eine Verantwortung und sollte in dem Bereich tätig werden. Die Kirchen wollen gemeinsam mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren in den nächsten Monaten und Jahren an dem Thema weiterarbeiten mit dem Ziel, dass die aufgestellten Forderungen umgesetzt werden.

***Mittelfristig ist der Export von Kriegswaffen einzustellen.** Hintergrund dieser Empfehlung ist die Einsicht in die Wirkungen dieser Waffen insbesondere in Krisengebieten des Globalen Südens. In vielen Fällen führt erst die unkontrollierte Verbreitung von Kleinwaffen und anderen Rüstungsgütern dazu, dass sich lokale Auseinandersetzungen zu flächendeckenden Großkonflikten ausweiten. Um diese friedensethischen Beschlüsse umzusetzen, konzentriert sich dieses Projekt auf zwei Ziele:*

Aufbau von **Fachkompetenz**, um sachkundig an der öffentlichen politischen Diskussion zu Rüstungsexport- und Rüstungskonversionsfragen teilnehmen und entsprechende Gespräche mit Verantwortlichen der verschiedenen Ebenen führen zu können.

Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für die Wirkungen der Rüstungsexporte in Gesellschaften des Globalen Südens **durch lokale „Zeitzeugen“**, die in ihrem Umfeld den Zusammenhang zwischen Rüstungsexport und Entwicklungsvernichtung dokumentieren und ihre Beobachtungen in die Rüstungsexportdebatte in Deutschland einbringen.

- Recherche zu Rüstungsfirmen
- Lobbyarbeit für den Exportstopp in Konfliktregionen
- Studientage, um das Thema mit relevanten Akteuren zu bearbeiten
- den Opfern eine Stimme geben
- Allianzbildung mit relevanten Akteuren



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie



Bad Boll



- Gespräche und Besuche in Rüstungsbetrieben
- Öffentlichkeitsarbeit
- Aufrollen der Konversionsidee, Veranstaltungen zu Rüstungsexportfragen, Gespräche mit Politik, Gewerkschaft

3. Beteiligung an der kommunalen Entwicklungspolitik und Integration

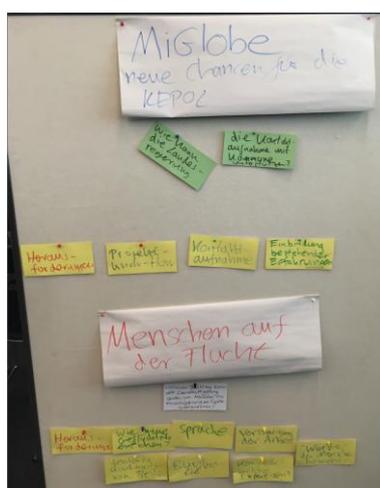
Interkulturelle Öffnung der kommunalen Entwicklungspolitik; wie kann es gelingen? (Projekt Miglobe)

Menschen auf der Flucht; welchen Beitrag können Menschen mit Migrationsbiographie leisten?

Moderation: Paulino Miguel

Kernpunkte des Workshops:

- (1) In Baden-Württemberg gibt es viele Migranten, die sich entwicklungspolitisch engagieren und viele Kommunen, die sich in Zukunft mit entwicklungspolitischen Fragen beschäftigen wollen. Vor diesem Hintergrund wurde vom DEAB, Forum der Kulturen und der SKEW mit MiGlobe ein gemeinsames Projekt auf den Weg gebracht, das zum Ziel hat, einen Pool von migrantischen Beratern aufzubauen, der Kommunen in Baden-Württemberg in ihrem entwicklungspolitischen Engagement beraten, begleiten und unterstützen soll. Für die Zukunft wünsche man sich von der Landesregierung Unterstützung bei der Kontaktaufnahme mit interessierten Kommunen.
- (2) Als weiteres Beispiel für die Interkulturelle Öffnung in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit wurde über das Projekt *Menschen auf der Flucht: Hintergründe verstehen, Mitdiskutieren und aufeinander zugehen* diskutiert. Im Rahmen des Projektes finden – zumeist in kleineren Gemeinden – Veranstaltungen statt, bei denen Menschen mit unterschiedlichen Fluchterfahrungen zusammenkommen. Man habe die Erfahrung gemacht, dass viele Menschen Migranten auf ihre Migrationsgeschichte reduzieren. Dem möchte das Projekt entgegenwirken, indem Migranten als Mitbürger, Mitbeteiligte und Mitgestalter in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Man erhoffe sich zukünftig Unterstützung von Seiten der Landesregierung, damit kommunale Vertreter und die Öffentlichkeit Migranten mehr als Experten wahrnehmen.



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie



Bad Boll

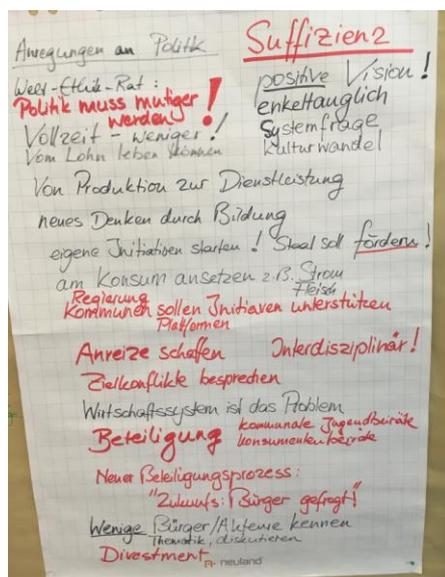


4. "Ein gutes Leben für alle - für Mensch und Natur!"

Moderation: Jobst Kraus / Claudia Duppel

Kernpunkte des Workshops:

- (1) Im Zentrum des Workshops stand der Gedanke der Suffizienz, verstanden als Kultur des Genugs. Man soll nur so viel konsumieren und produzieren wie man braucht. Die Suffizienz ist notwendig, um innerhalb der planetarischen Grenzen ein gutes Leben für Alle zu ermöglichen. Die Teilnehmenden stellten in der Diskussion fest, dass eine Kultur der Suffizienz notwendigerweise von unten kommen müsse. Aus unterschiedlichsten Initiativen und Projekte sollen Strategien entwickelt werden, wie man vermehrt Dienstleistungen nutzt, anstatt zu produzieren. Die Politik habe die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen und mit gutem Beispiel voranzugehen. Gleichzeitig müsse sie mutiger werden und Zielkonflikte klar benennen, die sich beispielsweise aus Verpflichtungen im Rahmen der Agenda 2030 ergeben.
- (2) Suffizienz als Querschnittsaufgabe müsse unabhängig von Ressortzuständigkeiten gefördert werden. Es brauche in Zukunft ebenso Anreize, damit die Wirtschaft verstärkt Dienstleistungen anbiete. In den letzten Jahren habe die Landesregierung und die Staatsrätin für Bürgerbeteiligung schon viel unternommen, um die Bürger zu beteiligen. Mit Blick auf das Thema Suffizienz soll ein Beteiligungsprozess unter dem Titel „Zukunfts:Bürger gefragt“ initiiert werden, der enkeltaugliche und positive Zukunftsvisionen hervorbringen könne.



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie

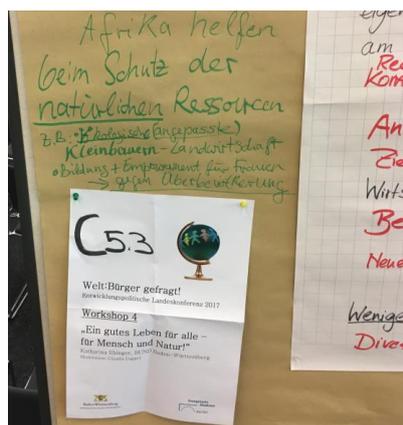


Bad Boll



Kernpunkt 1: Afrika – Schutz von natürlichen Ressourcen z.B. ökologisch angepasste Kleinbauern-Landwirtschaft

Kernpunkt 2: Bildung und Empowerment für Frauen (gegen Überbevölkerung)

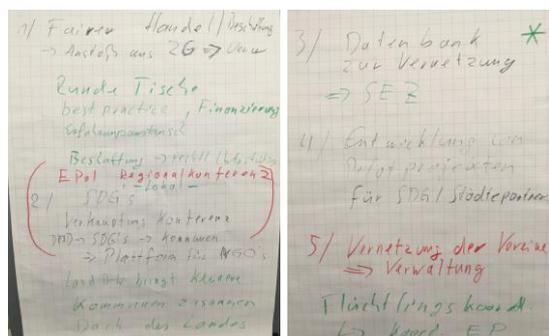


5. Stadtentwicklung und Zivilgesellschaft - Agenda 2030

Moderation: Günter Burger

Kernpunkte des Workshops:

- (1) Die Teilnehmer des Workshops haben sich mit der Frage beschäftigt, was getan werden kann, damit Kommunen sich in Zukunft noch stärker für das Thema Entwicklungszusammenarbeit interessieren. Speziell bei den Themen Fairer Handel und Beschaffung könne ein starker Impuls aus der Zivilgesellschaft kommen mit dem Ziel, Kommunen dazu zu bringen, sich mit diesen Themen zu beschäftigen (Bsp. Grabsteine ohne Kinderarbeit). Für diese Arbeit stehen vermehrt finanzielle Mittel aus Bundesprogrammen zu Verfügung, die aufgrund komplizierter und komplexer Antragsverfahren zumeist noch nicht abgerufen werden. Dies sollte in Zukunft verbessert werden.
- (2) Eine weitere im Workshop entstandene Idee ist, regionale bzw. kommunale entwicklungspolitische Konferenzen nach dem Vorbild der Landeskonferenz zu organisieren, um näher an den lokalen Akteuren zu sein. Größere Städte könnten dies in Eigenregie machen, kleinere bräuchten die Unterstützung der Landesregierung. Man sei mit dem DEAB darüber im Gespräch, die SDG-Veranstaltungen, um eine solche Austauschmöglichkeit zu erweitern.



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische Akademie



Bad Boll



6. Schutz der Ressourcen-Zusammenarbeit Europa – Afrika

Herausforderungen für das globale Lernen / BNE

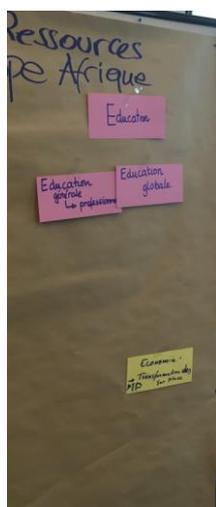
Diskussion mit Menschen aus der Demokratischen Republik Kongo

Moderation: Cathy Plato

Der Workshop fand auf Französisch statt.

Kernpunkte des Workshops:

- (1) Am Anfang des Workshops haben die Teilnehmer festgestellt, dass der Ressourcenbegriff in Afrika nicht nur Rohstoffe und natürliche Ressourcen umfasst, sondern den Menschen ins Zentrum stellt. Daraus ergibt sich, dass das Potenzial der überwiegend jungen Bevölkerung in den afrikanischen Ländern gefördert werden müsse. Es sei sehr wichtig, in die schulische Bildung und Ausbildung zu investieren. Baden-Württemberg könne mit den Erfahrungen in der dualen Ausbildung einen Beitrag dazu leisten. Gleichzeitig sollten wir auch Anstrengungen unternehmen, um hier im Rahmen der globalen Bildung voneinander zu lernen.
- (2) Um das Ziel einer wirtschaftlichen Entwicklung Afrikas zu erreichen, müsse man mehr in Afrika investieren und Wertschöpfungsketten vor Ort ausbauen und nicht nur Rohstoffe aus den afrikanischen Ländern beziehen. Durch die höhere Besteuerung fertiger Erzeugnisse werde ein System zementiert, das lokale Wertschöpfung unterbinde.
- (3) In vielen afrikanischen Ländern fehle es an politischer Transparenz. Für eine Demokratisierung sollen die afrikanischen Länder Transparenz schaffen. Gleichzeitig müsse man zugestehen, dass in Afrika andere Bedingungen herrschen. So spielen Familie und ethische Zugehörigkeit eine viel größere Rolle. Daher könne man nicht automatisch ein europäisches Demokratieverständnis an die Gesellschaften Afrikas anlegen. Das bedeutet aber nicht, dass sich auch die Mentalitäten vor Ort in Afrika ändern müssten.



Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM

Evangelische
Akademie



Bad Boll